

Stellungnahme zum Postulat 265

Sichere Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter:innen – jetzt!

Selina Frey namens der G/JG-Fraktion vom 28. Mai 2023

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme, StB 756 vom 15. November 2023

Wurde anlässlich der Ratssitzung vom 21. Dezember 2023 überwiesen.

Ausgangslage

Seit der Verlagerung der legalen Strassensexarbeit 2012 vom Tribschenquartier in den Ibach ist die Sicherheit der Sexarbeitenden ein zentrales Thema, das alle Beteiligten herausfordert. So sehr bereits beim Inkrafttreten des Reglements über die Strassenprostitution klar war, dass der verbleibende Standort im Ibach eklatante Sicherheitsmängel aufweist, so war dem Stadtrat ebenso klar und wichtig, dass die Arbeit an einer Verbesserung der Sicherheitssituation eine dringliche Daueraufgabe ist und bleibt. Der Stadtrat kann deshalb die Forderung der Postulantin gut nachvollziehen, dass der Standort Ibach zu überprüfen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten seien, welche die (Arbeits-)Sicherheit der Sexarbeitenden und der Mitarbeiterinnen des Vereins LISA deutlich verbessern. Er geht mit der Postulantin auch einig, dass gemeinsam mit regionalen und kantonalen Verbänden und Entscheidungsträgern Lösungen zu finden seien. Sollte eine Anpassung des Standorts nicht erfolgen, schlägt die Postulantin in einem weiteren Schritt vor, die Errichtung von Verrichtungsboxen (geschützte Parkplätze) und von Arbeitszimmern im Ibach zu prüfen.

Aus der Erkenntnis, dass der Standort im Ibach grundsätzliche Sicherheitsmängel aufweist, handelte der Stadtrat bereits kurz nach Inbetriebnahme und trieb die Suche nach alternativen Standorten voran. Dabei war dem Stadtrat von allem Anfang an klar, dass auch mögliche Standorte in den Agglomerationsgemeinden einzubeziehen seien. Deshalb gelangte er an den regionalen Entwicklungsträger LuzernPlus. Dieser organisierte im Herbst 2013 auf Antrag der Stadt Luzern einen Austausch mit Agglomerationsgemeinden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wo und wie die Strassenprostitution im Raum Luzern zukünftig stattfinden könnte. Die Arbeitsgruppe hielt damals in ihrem Fazit fest, dass der Standort Ibach zwar nicht optimal sei, jedoch aufgrund der gemachten Erfahrungen als der bestmögliche Ort für die Szene der Strassenprostitution eingestuft werde. Standortevaluationen in den Agglomerationsgemeinden zeigten zudem nach Einschätzung der Arbeitsgruppe keine anderen Orte auf, die besser als Strichstandort im Grossraum Luzern geeignet wären. Der Stadtrat teilte diese Einschätzung nicht vollumfänglich.

Der Verein LISA bietet seit Dezember 2013 im Gebiet Ibach einen Beratungscontainer für Sexarbeitende vor Ort an. Es wurde ein Container aufgestellt, der durchschnittlich an vier Abenden pro Woche während drei Stunden geöffnet ist. Dort können sich Sexarbeitende aufhalten und werden bei Bedarf von den Mitarbeitenden von LISA in Gesundheitsfragen, Arbeitssicherheit oder Gewaltprävention beraten. Die Sexarbeitenden verbringen täglich bis zu zehn Stunden im Ibach. Da der Container jeweils nur drei Stunden geöffnet ist, bedeutet das, dass die Sexarbeitenden die meiste Zeit allein und ohne Rückzugsort auf dem

Platz verbringen. Der abgelegene Standort im Ibach ist nicht mit dem ÖV erschlossen. Die soziale Kontrolle ist entsprechend nicht gewährleistet. In der Vergangenheit kam es wiederholt zu Vorfällen gegenüber den Sexarbeitenden.

Erwägungen

Das Reglement über die Strassenprostitution vom 10. November 2011 (sRSL 1.1.1.1.6) und in Kraft seit 13. März 2012 bezweckt, den Schutz der Anwohnenden vor den negativen Auswirkungen der Strassenprostitution und die Sicherheit von Prostituierten, die im öffentlichen Raum käuflichen Sex anbieten, zu erhöhen (Art. 1 Abs. 1). Gleichzeitig wurden mit dem Reglement Sperrzonen festgelegt, in welchen käuflicher Sex weder angeboten noch nachgefragt werden darf (Art. 2 Abs. 1). Der Stadtrat kann ausserhalb der Sperrzonen und in allfälligen Toleranzzonen eine geeignete Infrastruktur sowie Beratungs- und Betreuungsangebote für Prostituierte bereitstellen (Art. 1 Abs. 2).

Der Stadtrat engagiert sich seit Jahren für die Sicherheit der Sexarbeitenden im Ibach. So wurden von der Stadt Luzern im Herbst 2014 der Container für die Sexarbeiterinnen finanziert, später eine WC-Anlage installiert und Parkfelder für Verrichtungsboxen zur Verfügung gestellt. Weiter wurden zusätzliche Abfalleimer angebracht und die Reinigung des Areals intensiviert. Der Sicherheitsmanager steht im regelmässigen Austausch mit der Geschäftsleitung des Vereins LISA. Zudem wird die Situation des Strassenstrichs laufend in der ständigen Arbeitsgruppe Sicherheit diskutiert, die sich unter der Leitung des Sicherheitsmanagers aus Vertretungen der Luzerner Polizei, des Strasseninspektorats (STIL) und des Bereichs Sicherheit Intervention und Prävention (SIP) zusammensetzt. Themen und Probleme können so schnell aufgenommen und rasch Lösungen gesucht werden.

Nach dem schweren Vorfall im April 2023 – ein maskierter Mann bedrohte damals mit einer Axt eine Sexarbeiterin – wurden zeitnah folgende Massnahmen initiiert und umgesetzt:

- Einerseits wurde die Präsenz von Sicherheitskräften vor Ort verstärkt. Ein Sicherheitsdienst wurde beauftragt, das Areal jeweils zwei- bis dreimal täglich (abends und in der Nacht) zu kontrollieren. Diese regelmässigen Kontrollen wurden befristet während drei Wochen durchgeführt. Sie können jederzeit bei Bedarf wieder aufgenommen werden. Weiter wurde die Patrouillenpräsenz der Luzerner Polizei im Bereich Ibach verstärkt.
- Um die Alarmierung bei einem sicherheitsrelevanten Vorfall zu erleichtern, wurde im Juni 2023 eine Notrufanlage beim LISA-Container installiert. Diese Anlage ist einfach zu bedienen und ist direkt mit der polizeilichen Leitzentrale verbunden.
- Schliesslich wurde ein zusätzlicher Container in Auftrag gegeben, der möglichst rasch aufgestellt werden soll. Der Stadtrat erhofft sich von dieser Massnahme, dass sich die Arbeitsbedingungen für die Sexarbeitenden verbessern. Der Container ist ein Ort, in den sie sich bei Gefahr zurückziehen können. Zudem kann er als Aufenthaltsraum genutzt werden, sodass die Sexarbeitenden sich bei nassem oder heissem Wetter schützen können.

Als weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit hat der Verein LISA eine Videoüberwachung sowie die Optimierung der Verrichtungsboxen ins Gespräch gebracht. Obwohl die Stadt Luzern beim Einsatz von Kameras im öffentlichen Raum eher zurückhaltend agiert, ist eine Kameraüberwachung rund um den Strassenstrich zu überprüfen. Die Kameras und der Hinweis auf die Kameras könnten vor kriminellen Handlungen schützen. Der Verein LISA befürwortet diese Massnahme. Diese Massnahme könnte nach Einschätzung des Vereins LISA jedoch auch dazu führen, dass der überwachte Ort von den Freiern nicht mehr aufgesucht wird und dies in der Folge zu einer Verlagerung des Strassenstrichs führen könnte. Die Optimierung der Verrichtungsboxen ist ein weiteres Anliegen des Vereins LISA. Die Verrichtungsboxen heute bieten einerseits wenig Privatsphäre und andererseits zu wenig sicherheitsrelevante Vorkehrungen für die Sexarbeitenden. Im Austausch mit der Geschäftsleitung LISA schälten sich weitere Massnahmen heraus (wie z. B. bessere Belichtung, Alarmknopf oder Trennwände), die nach einer ersten Beurteilung umsetzbar wären. Mit einer Abtrennung durch einfache Holzwände kann z. B. die gewünschte Privatsphäre ermöglicht werden. Diese Wände können zusätzlich mit einem akustischen und visuellen Alarmknopf ergänzt werden. Zudem kann die allgemeine Belichtung des Verrichtungsplatzes optimiert werden.

Einen Schritt weiter geht die Idee von Arbeitszimmern im Raum Ibach, die bisher nicht aktiv verfolgt wurde. Es gilt dabei zu prüfen, inwiefern damit die Sicherheit der Sexarbeitenden verbessert werden kann und insbesondere, ob solche Räume an diesem Ort zur Verfügung stehen. Weiter gilt es operative Fragen zu klären, wie z. B.: Würden die Räumlichkeiten vermietet oder gratis zur Verfügung gestellt? Welche rechtlichen Auflagen gibt es für solche Arbeitszimmer?

Im Zusammenhang mit der Grundsatzfrage des Standorts Ibach ist das Entwicklungsprojekt «Ibach» zu erwähnen. Die Stadt Luzern plant, im Ibach Bauland für Gewerbe im Baurecht abzugeben. Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Volumenstudie zeigt, dass eine Bruttogeschossfläche von zirka 10'000 m² möglich ist. Dabei können Bauten mit flexiblen Grundrissen geschaffen werden, die sich sowohl als Gewerbe- als auch Büroflächen eignen. Die Umnutzung des Areals könnte den aktuellen Standort des Strassenstrichs in verschiedener Hinsicht beeinflussen. Einerseits könnte die soziale Sicherheit durch die Ansiedlung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Ibach zu einer Belebung des Areals führen und sich positiv auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl auswirken. Zudem ist ein ÖV-Anschluss zum Seetalplatz geplant, der die Erreichbarkeit des Areals verbessern wird. Andererseits wird zu beachten sein, wie das Nebeneinander von Büros und dem Strassenstrich funktionieren wird.

Kostenfolgen

Bei einer Überweisung des Postulats können die weiteren Abklärungen mit den bestehenden Ressourcen der Sozial- und Sicherheitsdirektion bewältigt werden. Für eine Umsetzung von Massnahmen sind einmalige Folgekosten von ungefähr Fr. 10'000.– bis Fr. 30'000.– zu erwarten. Die bisherigen jährlichen Unterhaltskosten werden sich voraussichtlich von zirka Fr. 2'000.– auf Fr. 5'000.– erhöhen. Nicht einberechnet sind dabei allfällige Kosten für ein Arbeitszimmer im Gebiet Ibach. Sie sind aktuell nicht abschätzbar und benötigen eine genaue Abklärung.

Fazit

Dem Stadtrat ist die Sicherheit von Sexarbeitenden ein wichtiges Anliegen. Er ist sich bewusst, dass die Örtlichkeit im Ibach aufgrund der Abgelegenheit und der damit verbundenen fehlenden sozialen Kontrolle nicht ideal ist und die Sicherheit für Sexarbeitende verstärkt werden muss. Die noch offenen Möglichkeiten (Kameraüberwachung, Optimierung Verrichtungsboxen, Installation Arbeitszimmer) sollen vertieft geprüft und falls zielführend in Absprache mit dem Verein LISA umgesetzt werden. Der Stadtrat ist auch bereit, die Diskussion zu einem alternativen Standort erneut zu lancieren. Sofern notwendig können dabei die Kriterien der Sperrzonen neu diskutiert werden. Der Stadtrat erachtet es als angezeigt, dass das Thema nach mittlerweile zehn Jahren wieder im Rahmen von LuzernPlus aufgenommen wird und erneut Abklärungen über mögliche andere Standorte vorgenommen werden, sei es auf Stadtboden oder in den umliegenden Agglomerationsgemeinden.